Nummer 175 — 27. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchentl. mit den illustr. Gratisbeilagen „Die Welt“ und „Für unsere kleinen Leute“, sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt“, „Unterhaltung und Wissen“, „Die Welt der Frau“, „Aerztlicher Ratgeber“, „Das gute Buch“, „Filmrundschau“. Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Desczyk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Freitag, den 3. August 1928

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,30 ℳ. Offertengeb. 20 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: Artur Lenz, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Polierstraße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 2703. Bankkonto: Stadtbank Dresden Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Polierstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Um die Rheinlandräumung

(Von unserem Vertreter.)

Pft. **Paris**, 29. Juli.

Es hätte nicht des deutschen Sängerfestes in Wien bedurft, um für die Zukunft der französischen Außenpolitik die deutsch-französischen Beziehungen oder besser gesagt die als unheimlich empfundene schnelle Wiederaufrichtung Deutschlands in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen zu bringen. Die Jahre 1930 und 1935, in denen die französischen Truppen bedingungslos Rhein und Saar räumen müssen, rücken bedrohlich näher und schaffen eine unangenehme Zwangslage, nachdenken zu müssen. Was würde dann auch aus der Annäherungspolitik mit Deutschland, unter welcher es sich angenehm leben läßt, falls man wirklich vor diesem Termin zu keiner Einigung gelangen würde, und die französischen Truppen am Ende der Besatzungszeit nach Hause marschieren müßten, begleitet von deutschen Glockenklängen? Ein Abzug der französischen Truppen vom Rhein unter diesen Umständen wäre die „beginnende Niederlage des französischen Siegers“ und würde notwendigerweise die kaum zum Vergessen gebrachten Besorgnisse gegenüber einem zu mächtigen Deutschland wieder übermächtig werden lassen.

Also es muß schon etwas geschehen! Aber was? Aus den bisher aus Frankreich tönenden Stimmen zur Räumungsfrage muß der unparteiische Beobachter entnehmen, daß fast alle Parteien bis tief in die Reihen der Sozialisten hinein sich darüber einig sind, eine Gegenleistung von Deutschland für ein vorzeitiges Räumen der besetzten Gebiete zu verlangen. Nur über den zu fordernden Preis gibt es so viele Wünsche, und die Verwirrung ist so vollkommen, daß das ernste „Journal des Débats“ den Rat gab, die alliierten Mächte möchten sich doch erst einmal untereinander aussprechen und unter sich die Bedingungen einer vorzeitigen Rheinlandräumung festlegen, wenn Deutschland dann diese Bedingungen nicht akzeptiere, wäre die deutsche Hinterhältigkeit wieder einmal vor aller Welt dokumentiert. Dieser an sich wohlgemeinte Rat begegnet offener Skepsis, und man hält ihn für kaum realisierbar, da man sich ja nicht mehr im Jahre 1919 befindet. Besteht schon innerhalb der französischen Parteien absolute Unklarheit über die Rheinlandpolitik, so sind die Mißklänge noch viel schärfer, wenn man die Haltung der deutschen Presse zum Thema der Rheinlandräumung betrachtet. Also auf dem Wege der öffentlichen Meinung können die Themen nicht einander nähergebracht werden, und bei einer weiteren Verfolgung der Diskussion läuft man Gefahr, daß sich auch die eingeschworensten Verständigungspolitiker auf beiden Seiten des Rheines an die Köpfe geraten.

Aber man täusche sich nicht. Das heutige Aufflackern der Diskussion über die Räumung der Rheinlande ist nur ein Werk der berufsmäßigen Außenpolitiker. Das französische Volk in seiner Gesamtheit bleibt apathisch und uninteressiert an jeder außenpolitischen Diskussion. Spricht man den Mann aus dem Volke, so hört man: Selbstverständlich kann Frankreich auf die Dauer nicht am Rhein bleiben, und je früher die Angelegenheit geregelt werde, desto besser sei es. Aber bei dieser Einstellung bleibt es. Niemand spürt den Zwang zur Entscheidung. Unmittelbare Sorgen bestehen am europäischen Horizont für Frankreich nicht, und so ungemütlich, wie man allgemein in Deutschland annimmt, fühlt sich das französische Volk durchaus nicht, seitdem die Friedensverträge zum europäischen Grundgesetz geworden sind; über das, was vielleicht in Jahrzehnten kommen kann, hat sich das französische Volk nie aufgeregt, dazu lebt es in einer zu köstlichen Gegenwart, im Besitze des besten Bodens Europas und eines großen Kolonialreiches. Ist man nicht auch in Deutschland vorangekommen? Haben sich nicht die Beziehungen erheblich gebessert, trotzdem eigentlich in den letzten zwei Jahren nichts geschehen ist?

Entsprechend diesem mangelnden Interesse der Bevölkerung für außenpolitische Fragen fehlt auch die sonstige außenpolitische Initiative seitens der Parlamentarier. Das Parlament, vor allem die Abgeordnetenkammer, ist seit jeher ein Barometer der Wünsche und Sorgen gewesen, welche das Volk unmittelbar bewegen. Seitdem mit Poincaré vor zwei Jahren die neue Aera begann, hat es eigentlich im Abgeordnetenhause keine außenpolitischen Debatten mehr gegeben. Im vorigen Jahre versuchte der Kommunist Cachin und der Radikale Montigny bei der Budgetberatung für das Außenministerium eine außenpolitische Aussprache herbeizuführen, ohne daß ihm die anderen Parteien gefolgt wären. Auch die neue Regierungserklärung gab keinem Abgeordneten Anlaß zu einer außenpolitischen Diskussion. Zur Zeit ist das französische Parlament in Ferien, aber sein Einfluß ist auch ohnehin durch die künstlich zusammengehaltene Regierung der nationalen Einheit geringer denn je. Aus den Reihen der maßgebenden Parlamentarier ist somit keine Anregung zu radikalen Lösungen zu erwarten. Es kommt hinzu, daß die von allen Völkerbundsfreunden so sehr gepriesene Anwesenheit Briands im Außenministerium doch die Schattenseite besitzt, daß sie jeden außenpolitischen Elan der Linksparteien so gut wie lahmlegt; man kann doch nicht gut eine Autorität wie Briand kritisieren. Der verbliebene Rest außenpolitischen Denkvermögens innerhalb der Linksparteien wird beherrscht durch die starke Persönlichkeit Paul-Boncours. Zäher denn je verteidigt er sein auf seiner Logik aufgebautes Sicherheitssystem, welches, wie Jean-Jacques Rousseau die Menschen mit dem allgemeinen Menschenrechte beglücken wollte, die Gewalt und Naturkräfte ausschalten soll zugunsten eines auf demokratischer Grundlage aufgerichteten Paradieses der Nationen.

Somit sind heute die Ideengänge Paul-Boncours das einzige einigermaßen abzuschätzende stabile Element in der französischen Kontroverse über das Problem einer vorzeitigen Rheinlandräumung, und es liegt eine gewisse Tragik darin, daß gerade die Prinzipien und die Logik Paul-Boncours von dem gesamten Deutschland mit äußerstem Mißtrauen verfolgt und fast einmütig abgelehnt werden. Die Annahme der Paul-Boncourschen Thesen setzt allerdings den Glauben voraus, daß französische Regierungskunst stets identisch ist mit Recht und Gerechtigkeit. Auch Paul-Boncour sucht sich auf der Basis des Vertraues mit Deutschland zu verständigen. Aber er will sich für das gewährte Vertrauen sofort beim Völkerbund eine Rückversicherung schaffen, und zwar durch eine noch zu organisierende Exekutivgewalt des Völkerbundes, welche an Macht zumindest der Macht des größten Völkerbundsmitgliedes gleichkommt. Paul-Boncour vergißt hierbei, daß der Völkerbund nicht weiter ausgestaltet werden kann, solange seine Wurzel noch an der Ungleichheit seiner Mitglieder krankt und jede Exekutivgewalt des Völkerbundes in seiner jetzigen Gestalt von den besiegten Mächten als eine Macht angesehen werden muß, die nur den Zweck verfolgt, die kontrollierten Mitglieder ewig in ihrer Zweitrangigkeit zu halten. So große Verdienste auch das Zweigespann Paul-Boncour—Briand für die Organisierung des Friedens haben mag, so vernichtet doch gerade diese außenpolitische Monopolstellung so gut wie jede Initiative innerhalb der sogenannten Linksparteien. Innerhalb des französischen Kabinetts dürfte der Gedankenaustausch bisher kaum sehr lebhaft über das Rheinlandproblem gewesen sein, und es ist anzunehmen, daß die Minister noch eine Zeitlang der Entwicklung der innerfranzösischen Kontroverse folgen werden, um bei ihrer Entschließung in bezug auf die Tragbarkeit ihrer Politik durch die öffentliche Meinung auf sicherem Boden zu stehen. Man sagt, daß Briands Einfluß im Kabinett in letzter Zeit wieder gestiegen sei, doch noch hält sich dieser große Künstler abseits und pflegt seine Bienenstöcke in Caucherelles. Dem Ministerpräsidenten Poincaré dürfte das Problem der interalliierten Schulden und die nächstes Jahr fällig werdenden 400 Millionen Dollar auch wohl mehr Sorge machen als die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Rheinland.

Nach dieser kurzen Revue über alle diejenigen Elemente, welche die Haltung der französischen Regierung in der Räumungsfrage beeinflussen, gelangt man zu dem Ergebnis, daß die Atmosphäre in Frankreich, trotzdem eigentlich seit Monaten eine deutschfreundliche Konjunktur vorherrscht, nicht günstig ist für den deutschen Wunsch, das Besatzungsproblem heute bereits endgültig zu liquidieren.

Eine sprunghafte Veränderung der Situation ist auch kaum zu erwarten. Um so gebieterischer setzt die Aufgabe der führenden Politiker in beiden Ländern ein, unbekümmert um Volksgunst, aus dem Auf und Ab widerstrebender Meinungen genau zu erkennen, was trotzdem und unmittelbar zu erreichen ist. Diese Methode, alle Kräfte und Energien auf das zur Zeit Erreichbare zu lenken, ohne die zukünftigen Aufgaben außer acht zu lassen, hat die deutschen Außenpolitik seit Jahren mit Erfolg anwenden müssen, und auch heute darf es nicht anders werden. Positiv zu erreichen ist aber heute, bei vorsichtiger Behandlung durch Diplomatie und Presse, eine Einigung über die baldige und vorzeitige Räumung der zweite Zone. Der Franzose ist viel zu klug, um nicht einzusehen, daß Deutschland für die im Jahre 1930 ablaufende Besatzung der zweiten Zone keinen Preis mehr zahlen wird, und es gibt heute in Frankreich namhafte Politiker, die dafür eintreten, bedingungslos sofort die zweite Zone zu räumen, und daß Frankreich sich diese Gelegenheit zu dieser Geste Deutschland gegenüber nicht entgegen lassen dürfe. Sollten sich die deutsch-französischen Verhandlungen zunächst auf die Räumung der zweiten Zone beschränken, so dürfte die französische Regierung, unterstützt auch von der öffentlichen Meinung, kaum andere Einwände entgegensetzen als diejenigen, welche von seiten des Militärkomitees des Marschall Foch kommen, der noch über die Ausführung bereits beschlossener, aber noch nicht durchgeführter militärischer Maßnahmen zu wachen hat. Eine Beschleunigung der im Gange befindlichen Verhandlungen zwischen dem Reichswehrministerium und dem französischen Oberst Durand dürfte **das Feld ebnen für einen baldigen bedingungslosen Abzug der französischen Truppen aus der zweiten Zone.**

Die Angst vor der Abrüstung

Die neue französisch-englische Vereinbarung — Mißtrauen in Amerika

Paris, 1. August.

Verschiedene Blätter sprechen davon, daß das neue englisch-französische Abkommen Frankreich die Möglichkeit gibt, nicht nur sein Flottenprogramm so durchzuführen, daß seine Seeverbindungen, besonders im Mittelmeer, gesichert werden, sondern auch seine Rüstungen zu Lande so zu regeln, wie es seinen Bedürfnissen entspreche. In diesem Zusammenhang wird teilweise darauf hingewiesen, daß England seinen Widerstand in der Frage der ausgebildeten Reserven, der einer Bedrohung des französischen Systems der allgemeinen Wehrpflicht gleichgekommen sei, habe fallen lassen.

Beispielsweise schreibt „Avenir“: England hat sich mit der Verwendung der ausgebildeten Reserven und der Berücksichtigung des potentiel de guerre einverstanden erklärt. Es kam aber auch darauf an, daß wir nicht länger daran gehindert werden, zu jeder Zeit und unter allen Umständen uneingeschränkt **die Truppenbeförderung von einem Ufer des westlichen Mittelmeeres zum anderen** durchzuführen, denn sonst wären die englischen Zugeständnisse an Frankreich auf dem Gebiete der Flottenabrüstung gegenstandslos gewesen und man hätte sagen können, daß die Engländer uns mit der einen Hand nehmen, was sie uns mit der anderen Hand geben. **Ein großer Teil der Hauptquellen unseres Landheeres sowohl an Truppen als an Material ist besonders in Kriegszeiten aus unseren afrikanischen Besitzungen zu erwarten. Wenn wir uns die freie Verfügung über diesen Teil des Mittelmeeres nicht gesichert hätten, wäre unser Landheer lahmgelegt gewesen.**

Der Außenpolitiker des „Matin“ glaubt mitteilen zu können, daß das neue Abkommen, das bestimmt sei, an die Stelle des Washingtoner Abkommens zu treten, nicht mehr die die Rechte der Mächte einschränkenden Diktate enthalten werde. **Der in Washington festgesetzte Schlüssel für die Verteilung der Flottenbauten auf Amerika, England, Japan, Frankreich und Italien werde aufgegeben werden.** Jede Macht werde ihr Flottenbauprogramm bekanntgeben, und es werde sich auf eine bestimmte Zeitdauer unter gegenseitiger Kontrolle ein bestimmtes Verhältnis herstellen. Das werde die Rüstungseinschränkung **durch gegenseitiges Einverständnis sein.** Dieses Abkommen, so fährt der Außenpolitiker des „Matin“ fort, muß, wenn es in Genf zwischen Leuten ehrlichen Willens erörtert wird, zu einer Einschränkung der Flottenrüstungen führen, der die Einschränkung der Rüstungen zu Lande folgen wird. Es wäre gewiß für die Mächte vorteilhaft, wenn sie ihr Versprechen, das sie abgegeben haben, als sie ihren Gegnern die Entwaffnung auferlegten, erfüllten. Aber auch wenn dieses Abkommen nicht als Ausgangspunkt einer allgemeinen Regelung der Abrüstungsfrage wirken sollte, würde es doch im Frieden und mehr noch im Falle einer Spannung und eines Konfliktes die englisch-französischen Beziehungen fördern.

London, 1. August.

In einem Leitartikel über das englisch-französische Kompromiß sagt „Daily News“: Kein Vertrag würde das Papier wert sein, auf das er geschrieben ist, wenn er Herabsetzung der See-Streitkräfte als Gegenleistung für die Aufrechterhaltung starker Landrüstungen bringt, oder wenn er uns Frankreich näher bringt für den Preis einer Wiederbelebung der Mißverständnisse mit Amerika.

Verschiedentlich kommt auch die Erwartung zum Ausdruck, daß Amerika sich diesem Abkommen anschließen könne. Für die amerikanische Auffassung charakteristisch scheint eine in der „Chicago Tribune“ veröffentlichte Meldung zu sein, in der es heißt: Da das Abkommen am Vorabend der Unterzeichnung des Antikriegspaktes, zu der Staatssekretär Kellogg nach Paris kommen soll, angekündigt wird, wird befürchtet, daß dadurch die Ratifizierung des Paktes durch den Senat der Vereinigten Staaten ernstlich behindert wird. Trotz des Communiqués des Quai d'Orsay, so heißt es in der Meldung weiter, wird jetzt hartnäckig behauptet, das von Chamberlain angekündigte Kompromiß stelle eine feste **Einheitsfront Frankreichs und Englands in der gesamten Abrüstungsfrage gegenüber der Haltung der Vereinigten Staaten dar.** Auf seine einfachste Formel gebracht kann das Abkommen so ausgelegt werden, daß Frankreich künftig auf seine ursprüngliche Haltung in der Flottenabrüstungsfrage, die sich mit dem amerikanischen Standpunkt — Einschränkung der Gesamttonnage — **deckt**, verzichten muß.